



Medienkonferenz vom 10. Januar 2014

Bernhard Pulver, Regierungsrat

Ökologie, wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftlicher Ausgleich

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

In den letzten Jahren konnte man **von Seiten der bürgerlichen Allianz kaum eine Strategie** für einen „Umschwung“ feststellen. In meiner Wahrnehmung beschränkte sich ihre Strategie auf zwei Achsen: Der ungeliebten rot-grünen Regierung das Leben möglichst schwer machen und Sparen und Steuern senken. Meines Erachtens kann man unseren Kanton mit einer solchen Strategie nicht in die Zukunft führen.

Unsere Strategie basiert auf einem umfassenden Konzept: der **nachhaltigen Entwicklung**.

Das heisst: Die Ziele „Ökologie“, „Wirtschaftliche Entwicklung“ und „Gesellschaftlicher Ausgleich“ sind als gleichwertig zu betrachten und es ist darauf zu achten, dass jede Massnahme mindestens einem dieser Ziele dient, möglichst ohne den anderen Zielen zu schaden.

Das ist der rot-grünen Regierung in allen drei Dimensionen **immer wieder gelungen** und zeugt von einer sorgfältigen Politik (vgl. auch Regierungsrichtlinien). Vier Beispiele: Ausbau der Tagesschulen, nachhaltige Energiepolitik, Stärkung des Medizinalstandorts Bern, demokratischer Abschluss der Jura-Frage.

Mein persönliches Wahlprogramm 2014 basiert wieder auf dem Zieldreieck der nachhaltigen Entwicklung, wie schon dasjenige von 2006 (vgl. **Beilage 2**).

Eine **Analyse meines Wahlprogramms 2006** zeigt, dass die dort enthaltenen Inhalte nicht „leere Ankündigungen“ waren, sondern, dass diese Ziele in vielen Bereichen realisiert oder zumindest angepackt wurden (vgl. **Beilage 3**). In einzelnen Bereichen gab es Volksentscheide, die eine Realisierung verunmöglichten.

Im **Grossen Rat** stiessen wir mit einigen dieser Punkte auf starke Widerstände. Das ist für die Zukunft des Kantons bedauerlich. Ein Beispiel: Die für unseren Kanton entscheidende Stärkung des Medizinalstandorts stösst immer wieder auf starke politische Widerstände im Grossen Rat.

Damit dieser Kanton weiterkommt, braucht es andere, oder zumindest knappere Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat. Für meine Arbeit ist es deshalb entscheidend, dass mehr Grüne in den Grossen Rat gewählt werden.